

# bremereFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Bürgermeister Jens Böhrnsen auf dem Landesparteitag der Bremer SPD: „Wir wollen wieder stärkste politische Kraft werden und ich möchte mit euch die Wahl im Mai 2015 gewinnen!“

## UNTERBEZIRKE NOMINIEREN IHRE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE WAHLEN 2015

SPD im Land Bremen geht mit großer Geschlossenheit in das Wahljahr 2015

**N**achdem Bürgermeister Jens Böhrnsen auf dem Landesparteitag am 25. September 2014 im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus mit einem Traumergebnis von über 97 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2015 gewählt wurde, fanden im Oktober an drei aufeinander folgenden Samstagen die Parteitage der Unterbezirke zur Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl und in Bremerhavener auch für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung statt: Den Start machte der Unterbezirk Bremerhaven mit seinem Parteitag am 11. Oktober 2014. Die Bürgerschaftsliste für den Wahlbereich Bremerhaven wird vom Unterbezirksvorsitzenden, Senator Martin Günthner, und auf dem zweiten Listenplatz von der stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden, Sybille Böschen, angeführt. Auf Listenplatz 1 für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven steht der Fraktionsvorsitzende Sönke Allers.

Am 18. Oktober folgte der Parteitag des Unterbezirks Bremen-Stadt. Hier fand der Vorschlag der

Mandatskommission zur Besetzung der Liste für die Bürgerschaftswahl ohne jede Veränderung breiteste Unterstützung der Parteitagsdelegierten. Die ersten Stadtbremer Plätze für den Wahlbereich Bremen haben inne: Senatorin Eva Quante-Brandt (Platz 2), Senator Ulrich Mäurer (Platz 3), Antje Grotheer (Platz 4), Fraktionsvorsitzender Björn Tschöpe (Platz 5), Bürgerschaftspräsident Christian Weber (Platz 7), Landesschatzmeisterin Petra Krümpfer (Platz 8), Landesvorsitzender Dieter Reinken (Platz 9) und die stellvertretende Landesvorsitzende Sarah Ryglewski (Platz 10).

Auf dem Parteitag des Unterbezirks Bremen-Nord am 25. Oktober 2014 ging es ungleich spannender zu. Während für die ersten zwei Nordbremer Plätze auf der Liste zur Bürgerschaftswahl für den Wahlbereich Bremen ohne Gegenkandidaturen die Unterbezirksvorsitzende Heike Sprehe (Platz 6) und der Burglesumer Ortsvereinsvorsitzende Max Liess (Platz 11) nominiert wurden, gab es anschließend eine Reihe von Kampfandidaturen: Jutta Riegert (Platz 18) setzte sich gegen Ute Rei-

mers-Bruns (Platz 28) durch, die sich später gegen Iris Lauterbach-Wenig behauptete. Dazwischen wurde Reimund Kasper auf den Platz 21 gesetzt. Insgesamt sind 12 Genossinnen und Genossen vom Unterbezirksparteitag Bremen-Nord für die Bürgerschaftswahl nominiert worden.

Damit sind – insgesamt in großer Geschlossenheit – die Nominierungen der Unterbezirke für die Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung zur Bürgerschaftswahl und zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 10. Mai 2015 abgeschlossen. Die endgültige Listenaufstellung erfolgt auf den Wahlbereichsdelegiertenversammlungen:

- **Wahlbereich Bremerhaven:**  
Dienstag, 18. November 2014
- **Wahlbereich Bremen:**  
Donnerstag, 20. November 2014

Die Listen für die Wahl der Beiräte in Bremen werden bis zum 7. Dezember 2014 auf Mitgliederversammlungen in den jeweiligen Beiratsgebieten aufgestellt. ■

# MITEINANDER GEWINNEN

Die vier Erfolgselemente des Wahlkampfes 2015

## Element 1 Der Bürgermeister für wichtige Jahre

1

Jens Böhrnsen ist in bester Weise „auskommuniziert“. Wir müssen ihn nicht mehr bekanntmachen oder profilieren. Aber wir wissen: Hoffnung zahlt besser als Dank. Und wir begegnen aktiv jedem Anklang von Ausklang.

Wir machen klar: Jens Böhrnsen hat nicht nur ein Programm. Jens Böhrnsen sieht Bremen vor großen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Für Bremen kann und muss Bedeutendes, Entscheidendes erreicht werden. Das erfordert den Besten, Erfahrendsten, Fähigsten an der Spitze.

Wir erfinden die bremische Politik nicht plötzlich neu und machen keine Angst. Aber wir verdichten bestehende Herausforderungen und Vorhaben zu einem griffigen Konzept. Ein paar „Überraschungen“ kommen hinzu.

Die Menschen in Bremen erkennen ihren Bürgermeister. Lernen ihn aber auch noch mal neu kennen.

## Bremische Themen Element 2

2

Unsere Themen sind Bremens Themen: Wirtschaft stärken, Gute Arbeit schaffen, Sozialen Zusammenhalt sichern.

Wir sind seit 70 Jahren verantwortlich für Bremen. Also kommunizieren wir Themen nicht abstrakt. Sondern anhand konkreter Erfolge und Vorhaben. Das Erreichte lässt unsere Ziele erreichbar erscheinen. Und macht unsere Zukunftsversprechen glaubwürdig.

Wir haben klare Ziele und verfolgen sie Schritt für Schritt.

## Element 3 Kämpfende Kandidatinnen und Kandidaten

3

Alle sind lebendige Beweise unserer Vielfalt und Menschennähe. Alle können zur Stärke der Partei beitragen. Und alle können mit einem starken Bürgermeister gewinnen.

Es gibt keinen Rollenkonflikt zwischen Bürgermeister und KandidatInnen. Wir setzen bei der Personalisierung auf Synergie.

Wir haben miteinander Erfolg.

## Modernität und Kreativität Element 4

4

Wir wissen: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“

Wir setzen inhaltlich auf Kontinuität und neue kreative Ideen. Wir zeigen die Vielfalt unserer Kandidatinnen und Kandidaten. Wir integrieren innovative Wahlkampfformen in unsere Kampagne. Wir gestalten unsere Kampagne nicht modisch, aber schön modern.

Zeitgefühl und neue Ideen haben wir seit 150 Jahren.

## Wohnungsaufsichtsgesetz: Heuschrecken Grenzen setzen!

Ohne große öffentliche Debatte und oft im Hintergrund kaufen Finanzinvestoren deutschlandweit hunderttausende Sozialwohnungen und Gebäudekomplexe auf – auch in Bremen. Am Ziel derartiger Investments lassen die neuen Eigentümer meist wenig Zweifel. Sie wollen durch die Deals, bei denen mit Paketen von hunderten oder tausenden Wohnungen gehandelt wird, vor allem eines: Kasse machen. Die Latte liegt bei Renditen von 20 Prozent und mehr – auf der Verliererseite stehen derweil oft die Mieter, denn in die Sanierung oder Modernisierung ihres Bestandes investieren die sogenannten „Heuschrecken“ meist nicht.

„Jedem Unternehmen sei Profit gegönnt – allerdings nicht auf Kosten derjenigen, die in den Anlageobjekten wohnen: Wir sind nicht gewillt, die teils menschenunwürdigen Wohnverhältnisse, die von sogenannten Heuschrecken oder Eigentümern von Schrottimmobilien aus Profitgier erzeugt oder zumindest in Kauf genommen werden, weiter zu dulden“, sagt der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann. „Wir brauchen mehr Einflussmöglichkeiten, damit die Kommunen bei anhaltenden Missständen oder Anzeichen von Verwahr-

losung von Wohnraum das Recht erhalten, einzuschreiten und notfalls ein Wohnhaus für unbewohnbar zu erklären.“

Das gelte besonders auch für sogenannte Schrottimmobilien, wie sie bei-

spielsweise an mehreren Stellen in Bremerhaven zu finden sind: „Das bisherige Modernisierungsgebot reicht nicht aus, um Eigentümer zur Instandhaltung zu verpflichten – da gammeln ganze Häuser vor sich hin, was negativ auf die benachbarten Grundstücke ausstrahlt und dazu führt, dass ganze Straßenzüge zu verwaarloosen drohen. Auch das werden wir mit den neuen Regelungen ändern“, erklärt Jürgen Pohlmann den Vorstoß der SPD-Fraktion.

Ziel des Ganzen: Wohnstandards sollen künftig verbindlich festgelegt und durchgesetzt werden. „Letztlich geht es um menschenwürdiges Wohnen: Wir wollen verhindern, dass unseriöse Vermieter wohnungssuchende Menschen ausnutzen, um maximalen Gewinn zu erzielen“, betont auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe.

Konkret sollen Wohnungseigentümer daher durch das neue Wohnungsaufsichtsgesetz zu Mindeststandards verpflichtet werden. Dazu zählen eine ausreichende natürliche Belichtung und Belüftung des Wohnraums genauso wie der Schutz vor Witterungseinflüssen und Feuchtigkeit. Zudem müssen Anschlussmöglichkeiten für elektrische Geräte, Küchen und sanitäre Einrichtungen vorhanden und sicher nutzbar sein. Das gleiche gilt für mitvermietete Balkone, Loggien, Keller sowie für alle Anlagen in allgemein zugänglichen Räu-

men – angefangen von der Haustür übers Treppenhaus bis hin zu Aufzügen und Heizungsanlagen.

Bei Beschwerden oder dem Verdacht auf Nichteinhaltung der Mindeststandards sollen die zuständigen Stadtgemeinden künftig berechtigt sein – mit Einwilligung der betroffenen Bewohner – Grundstücke und Wohnräume zu besichtigen, um mögliche Verstöße aufzuklären. Der wichtigste Hebel dabei: Den Kommunen soll das Recht eingeräumt werden eine Beseitigung von Missständen anzuordnen – oder im Extremfall sogar eine „Unbewohnbarkeitserklärung“ abzugeben.

Zum weiteren Prozedere erklärt Pohlmann: „Momentan liegt unsere Initiative beim grünen Koalitionspartner, der seine generelle Zustimmung bereits signalisiert hat.“ (MK) ■



Jürgen Pohlmann



Foto: © Dmitry / Fotolia.com

# REKOMMUNALISIERUNG DER ABFALLENTSORGUNG – ABER WIE?

Ein BremerForum-Gespräch mit Arno Gottschalk aus dem SPD-Landesvorstand



FOTOS: SPD BREMEN



**BremerForum:** In Bremen wird intensiv über eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr und der Straßenreinigung diskutiert. Wie ist die Position der Bremer SPD in dieser Frage?

Arno Gottschalk: Aus Sicht der SPD sollten Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge grundsätzlich in öffentlich-rechtlicher Verantwortung erfolgen und von kommunalen Unternehmen erbracht werden. Wenn die betriebliche Organisation stimmt, schafft das die besten Möglichkeiten, um bürgernahe Dienstleistungen zuverlässig, kostengünstig und qualitativ hochwertig zu erbringen. Aus dieser Überzeugung heraus streben wir auch bei der Abfallentsorgung und der Stadtreinigung eine Rückkehr in kommunale Strukturen an. Die Frage ist allerdings: Schaffen wir das auf einen Schlag in 2018, wenn die bisherigen Verträge mit privaten Unternehmen auslaufen? Oder müssen wir zunächst einen Zwischenschritt gehen?

**Was macht die Sache so schwierig?**

Bei der Privatisierung in 1998 sind leider keinerlei Vorkehrungen für einen Weg zurück getroffen worden. Bremen kann deshalb nicht einfach einen eingespielten Betrieb mit Beschäftigten, Maschinenpark und Betriebshöfen zurück übernehmen. Bei einer vollständigen Rekommunalisierung müsste alles neu aufgebaut werden – und zwar in kurzer Zeit.

Ob und wie weit das gelingen kann, das ist noch nicht hinreichend geklärt.

**Es gibt Kritik, dass das schon längst hätte geschehen müssen.**

Das ist richtig. Das zuständige Ressort unseres Koalitionspartners hätte eigentlich schon weiter sein müssen. Das ist von allen Parteien kritisiert worden. Mittlerweile wird aber unter Führung einer Staatsräterunde mit Hochdruck an den offenen Fragen gearbeitet. Wir erwarten deshalb, dass im Dezember eine Entscheidung über die grundlegende Richtung getroffen werden kann.

**Bleibt dann möglicherweise alles beim Alten?**

Nein, auf keinen Fall. Es geht nicht mehr um das ob, sondern darum, wie der kommunale Einfluss ab 2018 gestärkt werden soll: In Form einer vollständigen Rekommunalisierung oder mit einer maßgeblichen kommunalen Beteiligung. Entscheidend wird sein, dass wir kein unkalkulierbares Abenteuer eingehen – weder für die Bürgerinnen und Bürger, noch für die Beschäftigten. Wenn das Risiko zu groß ist, wird es besser sein, zunächst eine Mischung aus teilweiser Rekommunalisierung und maßgeblicher Beteiligung zu wählen – um dann in einem späteren Schritt weiter zu gehen. Es gibt perspektivisch in Bremen weitere Ziele für eine Rekommunalisierung, etwa beim Ab-

wasser. Das dürfen wir nicht durch Ungeduld gefährden.

**Ein wichtiges Thema ist auch die faire Bezahlung der Beschäftigten.**

Ja, wir wollen eine verlässliche und kostengünstige Abfallentsorgung auf hohem ökologischem Niveau. Aber nicht nur das. Es geht auch um gute Arbeit und eine faire Entlohnung in diesem Bereich. Für die Altbeschäftigten gilt zwar nach wie vor der Tarif des öffentlichen Dienstes, ein wachsender Teil der Neubeschäftigten in der Müllabfuhr wird von den privaten Auftragnehmern derzeit aber ohne Tarifvertrag und teilweise in Form von Leiharbeit beschäftigt. Das kann nicht so bleiben. Wir werden auf jeden Fall dafür sorgen, dass die Entlohnung ab 2018 tarifgebunden erfolgt und mehr Gerechtigkeit herrscht.

**Wie wird die Partei in dieser wichtigen Frage beteiligt?**

Das Interesse in der Partei ist bei diesem Thema sehr groß. Wir haben seit Ende Juli in einer ganzen Reihe von Ortsvereinen Veranstaltungen zum Thema Rekommunalisierung von Abfallentsorgung und Stadtreinigung durchgeführt. Im November lädt die Landesorganisation zu einem Dialogforum ein. Anschließend wird dann der Landesvorstand eine Entscheidung über die Positionierung der SPD treffen. ■

## ZUR PERSON:



FOTO: PATRICE KUNTE

Arno Gottschalk (58) ist Diplom-Ökonom. Seit 2011 ist er Bürgerschaftsabgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

## TERMINE:

**PARTEIKONFERENZ ZUR ZUKÜNFTIGEN STRUKTUR DER ABFALLENTSORGUNG UND DER STRASSENREINIGUNG IN BREMEN**

**MITTWOCH, 26. NOVEMBER 2014, 18:00 UHR**

Treffpunkt KWADRAT, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

**PARTEIKONFERENZ ZUR SICHERHEITS- UND AUSSENPOLITIK MIT RALF STEGNER**

**FREITAG, 28. NOVEMBER 2014, 19:00 UHR**

Haus der Wissenschaft Sandstraße 4/5 28195 Bremen

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

SPD-Landesorganisation Bremen  
Obernstraße 39–43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
info-bremen@spd.de

**Redaktion:**

Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Kevin Lenkeit.  
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.  
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen